

Tarifrunde Metall: Darf es ein bisschen weniger sein?

Martin Suchanek, Neue Internationale 178, April 2013

Darf es noch ein bisschen weniger sein – das hat der Hauptvorstand der IG Metall offenkundig zur Richtschnur seine diesjährigen Tarifempfehlung für die Metall- und Elektroindustrie gemacht. Mit 5,5 Prozent fordert die größte und kampfstärkste Gewerkschaft weniger als die anderen DGB-Verbände.

Hier wird die nächste Partnerschaftrunde vorweg genommen, für die die IG-Metall-Spitze zur Verfügung steht; hier wird in Prozenten ausgedrückt, wie viel ihr die Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Industrie und der Standort wert ist – und wie wenig die Interessen der Masse der Beschäftigten.

Die Forderung ist aber auch die andere Seite einer Gewerkschaftspolitik, die sich mehr und mehr auf die Mitglieder in den (noch) gut organisierten Stammebelegschaften der Metall- und Elektroindustrie, insbesondere der Autoindustrie konzentriert.

Für diese gibt es neben den Prozenten längst größere, „ertragsabhängige“ Komponenten ihres Einkommens. So zahlen Porsche für das Jahr 2013 8111,- Euro Sonderprämie je Beschäftigten, BMW 7630,- und VW 7200,-. Daimler schüttete verglichen damit nur bescheidene 3200 Euro extra aus.

Mit solchen Zusatzzahlungen werden natürlich auch schlechte Abschlüsse – Summen von über 7000 Euro sind ja mehr als der gesamte Lohnzuwachs bei 5,5 Prozent mehr Jahreseinkommen wäre – „vermittelbar“. Aber das gilt nur für eine Minderheit, vergleichsweise privilegierte Kernschichten der IndustriearbeiterInnen. Dem „Rest“, also der große Massen, droht der Reallohnverlust.

Verengung auf Aristokratie

Jahrlange hatte die IG Metall die Forderung der Unternehmer nach „differenzierten“, ertragsabhängigen Abschlüssen abgelehnt. Selbst die offizielle Gewerkschaftslinie wies damals darauf hin, dass das zu einer Entsolidarisierung, zur Vergrößerung der Einkommensunterschiede in der Arbeiterklasse, zur Verarmung größerer Massen führen würde. Und natürlich führt es auch dazu, dass die Bindung an das „eigene“ Unternehmen und dessen Schicksal im Konkurrenzkampf enger wird.

Natürlich ist das System im letzten Jahrzehnt – siehe z.B. das Pforzheimer Abkommen – schon unterhöhlt worden. Entscheidend ist jedoch, dass, was selbst die Bürokratie ursprünglich als Zugeständnis in der Defensive verkaufte, jetzt zur „Errungenschaft“ erhoben wird.

Dies ist freilich keine zufällige Entwicklung, sondern vielmehr ein unvermeidliches Resultat reformistischer, auf die arbeiteraristokratischen Kernschichten fixierter Gewerkschaftspolitik